

Alpen unter Strom

Großglockner

Zugspitze

Alpengipfel

Am 1.1.2018 trat in der Schweiz die Energiestrategie 2050 in Kraft, die massive Veränderungen nach sich ziehen wird. Österreichs neue Regierung will 2018 eine Klima- und Energiestrategie vorstellen und hat im zweiten Halbjahr die Aufgabe, im Rahmen des Ratsvorsitzes das Clean Energy Package der EU zu finalisieren. Deutschland steht nach mehr als einem halben Jahr politischen Stillstands vor wichtigen Entscheidungen zur Energiepolitik und zum Klimaschutz. Eine Region, drei Länder, drei Systeme: Wie die Elektrizitätsbranchen der Alpenregion Gegenwart, Zukunft und Maßnahmen beurteilen, das soll unsere Dreier-Runde zum „Alpengipfel“ zeigen, mit Stefan Kapferer, Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Michael Frank, Direktor des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE), und Barbara Schmidt, Generalsekretärin von Österreichs Energie.

Matterhorn

Könnten Sie bitte die Situation in Ihrem Land – wie oben angedeutet – beschreiben und die Schlüsse, die Sie daraus ziehen?

Frank: Mit der Annahme der Energiestrategie 2050 (ES2050) in einer Volksabstimmung im Mai 2017 ist die erste Hürde zum Umbau unseres Energiesystems genommen. Die ES2050 bildet einen soliden Rechtsrahmen. Nun kommt die entscheidende Umsetzungsphase. Noch sind viele energiepolitische Baustellen offen. Konkret müssen nun die Themen Eigenversorgung, Versorgungssicherheit, Stromtarife, Stromspeicherung und Netzausbau vertieft werden. Die Förderung der erneuerbaren Energien in Form der KEV (kostendeckende Einspeisevergütung) läuft 2022 aus, diese Energien werden an den Markt geführt. Die Energienetze wachsen derweil zusammen: Sektorkopplung/Netzkonvergenz gewinnen massiv an Bedeutung. Energie wird dadurch besser verteilt, Ungleichgewichte werden verringert. Zudem verringern diese Technologien den CO₂-Fußabdruck. Mit dem Projekt „Energiewelten“ greift der VSE diesen spannenden Entwicklungen vor (www.energiewelt.ch).

Kapferer: Die Energiewende und die Digitalisierung sind die beiden maßgeblichen Treiber für die Entwicklung der Energiewirtschaft in Deutschland. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Erzeugungsmix liegt inzwischen bei 33,3 Prozent; hingegen ging der Anteil des in Stein- und Braunkohlekraftwerken erzeugten Stroms auf 36,7 Prozent zurück. Gestiegen ist auch der Einsatz von Erdgas: 13,2 Prozent des erzeugten Stroms stammen aus Gaskraftwerken. Die Zahlen zeigen auf beeindruckende Weise: Es findet bereits eine beschleunigte Verlagerung der Stromerzeugung aus CO₂-intensiven hin zu CO₂-armen und nahezu CO₂-freien Energieträgern statt. Die Energiewirtschaft ist mit Blick auf die Energie- und Klimaziele auf Kurs: Unsere Branche ist in der Lage, bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Das ist eine beachtliche Leistung.

Gleichzeitig ist die Energiewende das größte nationale IT-Projekt aller Zeiten. Das Produkt Strom bleibt auch in einer digitalisierten Welt gleich. Was sich ändert, sind beispielsweise die Vertriebswege, um dieses Produkt zu vermarkten, und die Anforderungen der zu beliefernden Kunden. Diese werden immer mehr vom reinen Konsumenten zum aktiven Marktakteur im Energiesystem. Unsere Unternehmen werden in Zukunft verstärkt bestehende Geschäftsprozesse mit digitalen Dienstleistungen verknüpfen. Elektromobilität, Smart Home und Energieeffizienz sind Geschäftsfelder mit Zukunftspotenzial.

Schmidt: Österreich hat eine bessere Ausgangssituation als die meisten Länder: Durch die starke Rolle der Wasserkraft bei der Stromerzeugung müssen wir weder Kohlekraftwerke ersetzen noch einen Ausstieg aus der Kernenergie vollziehen. Wir dürfen uns aber nicht auf den weisen Entscheidungen und Investitionen unserer Vorfahren ausruhen, sondern müssen uns jetzt noch mehr anstrengen, um diese Vorreiterrolle nicht zu verlieren und die restlichen Potenziale zu nutzen. Die Pläne der neuen Bundesregierung liegen auf dem Tisch: eine Vollversorgung des Landes mit Elektrizität aus erneuerbaren Ressourcen bilanziell übers Jahr bis zum Jahr 2030. Das ist ein großes Ziel, dem jetzt konkrete Maßnahmen folgen müssen.

Erwarten Sie, dass die bisherigen politischen Vorgaben in Ihrem Land zu jenen Resultaten führen werden, die (mit ihnen) zum Ziel erklärt wurden?

Schmidt: Die Umsetzung des Regierungsprogramms erfordert einen Turbo beim Ausbau der Erzeugung, der Netze und smarten Systeme sowie bei den Speichertechnologien. Das Tempo des Wandels muss sich immens beschleunigen. Das ist schwer, aber nicht unmöglich. An der Politik wird es liegen, die richtigen Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Wir wollen zusätzlich zu den politischen Zielen die Sicherheit der Versorgung in den Fokus rücken. Wir sind die Manager der Energiewende und werden daran gemessen werden, dass der Strom nicht nur sauber, sondern auch sicher und leistungsfähig zur Verfügung steht.

Stefan Kapferer: „Die deutsche E-Wirtschaft ist in der Lage, bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken.“

Frank: Das System „post 2022“, also nach Auslaufen der KEV-Fördermaßnahmen, ist noch offen, es wird unter dem Titel „Marktdesign“ untersucht und diskutiert. Ein überlegtes Marktdesign wird wichtige Erneuerbare wie die Schweizer Wasserkraft nachhaltig ins Energiesystem integrieren – und idealerweise eine Gesamtenergiebetrachtung vornehmen, womit die Sektorkopplung greifbar wird.

Kapferer: Die Energiewirtschaft hat es geschafft, ihre Emissionen drastisch zu reduzieren, ohne die Versorgungssicherheit zu ge-

fährden: Die Emissionen werden den Prognosen zufolge bis zum Jahr 2020 um voraussichtlich 38 Prozent unter denen des Jahres 1990 liegen. Vorschläge, wie wir die letzten zwei Prozentpunkte einholen können, liegen auf dem Tisch. Die Landwirtschaft hinkt hinterher, die Emissionen im Verkehr steigen sogar – Gedankenspiele, diese Verfehlungen jetzt der Energiewirtschaft überzuhängen, sind vor diesem Hintergrund vollkommen unangebracht.

Wo gibt es Hindernisse, was läuft gut?

Kapferer: Strom aus erneuerbaren Energien soll auch im Verkehr und im Wärmemarkt verstärkt zum Einsatz kommen. Der größte Bremsklotz dafür ist der hohe Strompreis in Deutschland. 54 Prozent des Strompreises für Verbraucher entstehen durch Steuern, Abgaben und Umlagen. Mit dieser Abgabenlast ist Strom nicht wettbewerbsfähig mit anderen Energieträgern und verhindert die Nutzung von Strom im Verkehrs- und Wärmesektor. Weiters wird die Energiewende noch allzu oft auf eine Stromwende verengt, hier entsteht aber nur ein Teil der Emissionen. Wir müssen den CO₂-Ausstoß in den übrigen Sektoren ebenfalls mit einem Preisschild versehen – analog zum europäischen Emissionshandel der Energiewirtschaft.

Eine andere große Baustelle ist der Netzausbau: Hier besteht politischer Handlungsbedarf, um die Lücke zwischen Netzausbau und dem Zubau erneuerbarer Energien nicht zu groß werden zu lassen. Hauptgrund für die Verzögerungen sind Widerstände vor Ort. Hier ist es wenig hilfreich, wenn immer wieder einige Bundesländer wie Thüringen oder Bayern nach dem Sankt-Florians-Prinzip versuchen, Belastungen vor der eigenen Haustür zu vermeiden, statt vor Ort Überzeugungsarbeit für den Netzausbau zu leisten. Auch die späte Entscheidung, Freileitungen durch Erdkabel zu ersetzen, kostet Zeit und Geld. Sorge bereitet uns auch der Rückgang an gesicherter Leistung. Wenn wir jetzt nicht Anreize zum Zubau von Gaskraftwerken, KWK-Anlagen und Speichern schaffen, werden wir Mitte der 2020er-Jahre keinen Spielraum mehr haben, um weitere Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen.

Frank: Wie auch in Deutschland und Österreich gibt es Zielkonflikte: Das Volk war für die ES2050, doch die Akzeptanz für neue Anlagen und Netze ist gering; und der Schweizer Ausstieg aus der Kernkraft ist beschlossen, während wir andererseits rasch dekarbonisieren wollen. Als institutionelles Hindernis bremst uns

das noch nicht vorhandene Stromabkommen mit der EU. Paradoxerweise kann die Schweiz nicht am Market Coupling teilnehmen, während sie gleichzeitig mit ihren über 40 Interkonnektionsschnittstellen als Strom-Drehscheibe für die Integration Italiens ins Market Coupling dient.

Schmidt: Die Zielkonflikte sind offensichtlich: Die notwendigen Technologien sind alle vorhanden, und die prinzipielle Zustimmung der Menschen zum Umbau des Systems scheint nach wie vor gegeben zu sein.



Barbara Schmidt



Michael Frank

Aber bei konkreten Vorhaben und der Frage, wer die Kosten des Umbaus trägt, spießt es sich dann. Die Hindernisse sind ebenfalls bekannt: lange Verfahrensdauern, ein fehlerhaftes Marktdesign, eine Regulierung, die zu sehr einschränkt, und politische Konzepte, die zu sehr auf Einzelinteressen abgestimmt sind, statt auf ein Optimum des Gesamtsystems. Weiters wird die Energiewende meist als Stromwende diskutiert – das ist zu kurz gegriffen. Wir müssen auch im Bereich der Mobilität und der Wärme eine Wende herbeiführen, und da ist Strom natürlich ein Enabler.

Welche Strategien schlägt die Elektrizitätswirtschaft Ihres Landes für das kommende Jahrzehnt vor?

Schmidt: Die Politik hat den Rahmen abzustecken, das ist klar. Sie sollte aber niemals die technischen Voraussetzungen des Elektrizitätssystems aus den Augen verlieren. Mit steigender Quantität von Ökostrom aus stark schwankender Einspeisung ändern sich auch die Qualitätsparameter des Systems. Und: man muss darauf achten, die Menschen mitzunehmen, sie also weder finanziell noch technisch zu überfordern. Die besten Lösungen entstehen immer noch auf Märkten und nicht in regulierten Systemen.

Frank: Unsere Strategien müssen darauf abzielen, die Versorgungssicherheit sicherzustellen, während die Produktionskapazitäten unserer Nachbarn, auf die wir per Import

zurückgreifen können, tendenziell abnehmen (Stichwort: Abschaltung von KKW in Frankreich und Deutschland, immer mehr unplanbare Kapazitäten etc.). Zudem müssen Fördersysteme für Erneuerbare – in der noch offenen Phase 2 der ES2050 – systematisch Richtung Markt bewegt werden. Wir müssen den Einstieg ins Market Coupling schaffen – und unsere Netze um- sowie ausbauen. Dies alles nicht rein mit Blick auf den Strommarkt, sondern mit einer integrierten Sicht auf Strom, Gas und Wärme.

Kapferer: Um den Strompreis zu entlasten fordern wir, die Stromsteuer auf das in der EU-Energiesteuerrichtlinie vorgesehene Minimum abzusenken. Darüber hinaus sollte die „Besondere Ausgleichsregelung“ im EEG steuerfinanziert werden, da es sich dabei vornehmlich um eine industriepolitische Maßnahme handelt. Allein im Verteil- und Übertragungsnetz müssen wir aufgrund der Integration der erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren über 40 Milliarden Euro investieren, hinzu kommen die Investitionen in die Gasinfrastruktur. Ziel muss es dabei sein, den Bau beziehungsweise Umbau intelligenter Energienetze zu ermöglichen. Das hat eine Regulierung zur Voraussetzung, die nicht allein Kostendrücken zum Ziel hat, sondern den Unternehmen Spielraum für Investitionen in innovative Technologien lässt, mit denen sich zum Teil auch Netzausbau vermeiden lässt. Kurz gesagt: Intelligenz statt Kupfer erfordert Investitionen, und die müssen die Regulierungsbehörden jetzt auch ermöglichen.

Welche Entwicklungen erwarten Sie?

Kapferer: Die Energiewirtschaft wird wieder zur Wachstumsbranche: Durch Sektorkopplung und Digitalisierung ergeben sich Chancen für neue maßgeschneiderte Geschäftsmodelle. Die Energiewirtschaft als „Zuhause-Branche-Nummer 1“ ist dafür bestens aufgestellt. Niemand ist näher am Kunden als sie. Insgesamt werden die Marktsegmente kleinteiliger: Die Zeiten, in denen Energieversorger mit zwei bis drei Dienstleistungen oder Geschäftsprozessen den Hauptteil ihres Umsatzes bestritten haben, gehören der Vergangenheit an. Schließlich wird die Bedeutung der Prosumer für die Umsetzung der Energiewende zunehmen: Ich denke da beispielsweise an das Modell der Sonnen AG und des Übertragungsnetzbetreibers Tennet, die Solarstrom und Batteriespeicher im Keller digital vernetzen. Die Haushalte leisten damit ihren Beitrag zur Stabilisierung der Netze. Man kann sich das als eine Art virtuelles Kraftwerk vorstellen, das einspringt, wenn die Nachfrage nach Regelenergie besonders hoch ist.

Frank: Das Fazit aus heutiger Sicht: Digitale Technologien, die heute schon bedeutend sind, machen sich unverzichtbar – denn das Datenwachstum im Energiesektor ist enorm. Auch die Nachfrage nach Strom, Gas und Wasser wird sich in den nächsten 20 Jahren stark verändern. Produziert werden dürfte weiterhin sowohl zentral als auch dezentral, wobei der Wasserkraft eine tragende Rolle zukommt. Nichts lässt sich ohne Wasserkraft realisieren, trotz starken Zubaus anderer Erneuerbarer. Der Ausstieg aus der Kernenergie erhöht unsere Abhängigkeit von Energieimporten: Die Vernetzung mit der EU wird daher 2035 zentral sein. Die Sommer-Winter-Umlagerung von Strom stellt eine beträchtliche Herausforderung dar.

Michael Frank: „Die Schweiz mit ihren -zig Interkonnektionsstellen leistet einen entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit in Europa.“

Schmidt: Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung bestimmen die Gesellschaft und die E-Wirtschaft heute und werden uns noch lange beschäftigen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung helfen uns bei der Umsetzung der Dekarbonisierung und beim Handling der Dezentralisierung. Wir sind auf dem Weg in ein neues Jahrhundert der Elektrizität. Das ist eine Riesenchance, die wir aber nicht verspielen dürfen. Das Stromsystem ist mehr als die Summe von PV-Modulen und Windrädern, und auch wenn wir in dieser Rolle vielleicht der Spaßverderber sind – wer, wenn nicht die österreichische E-Wirtschaft hat darauf zu achten, dass das Gesamtsystem trotz Umbau funktionstüchtig und leistungsfähig bleibt? Es wird auf die E-Wirtschaft ankommen, den Prozess aktiv zu steuern und aus den abstrakten politischen Zielen eine konkrete Erfolgsgeschichte zu machen.

Wie wird sich die Entwicklung in Ihrem Land möglicherweise auf die Nachbarländer auswirken?

Schmidt: Österreich ist, was das Elektrizitätssystem betrifft, im europäischen Umfeld ein sehr kleines Land. Wir könnten aber mit unseren Speichern eine positive Rolle für die gesamte Region spielen. Ein Wermutstropfen ist in diesem Zusammenhang die Auftrennung der Preiszone mit Deutschland.

Kapferer: Die Energiewende ist für Deutschland ein Jahrhundertprojekt. Sie wurde aber von der Regierung viel zu lange als rein nationales Projekt gedacht. Das muss sich ändern. Vor allem, weil wir anders als Österreich und die Schweiz nicht auf alpine Wasserkräfte zurückgreifen können. Es wird lange Zeit eine Herausforderung bleiben, die fluktuierende Einspeisung von Sonne und Wind so zu kanalisieren, dass ihre Auswirkungen auf die Nachbarländer moderat bleiben. Auch hier gilt: Der Netzausbau ist der Schlüssel. Aber dieser Herausforderung stellen wir uns gern.

Frank: Die Schweiz mit ihren über 40 Interkonnektionsstellen an den Grenzen führt 11 Prozent des grenzüberschreitenden Stromverkehrs. Wir leisten einen entscheidenden und ausgleichenden Beitrag zur Versorgungssicherheit in Europa. Dabei sind wir indes auch immer mehr fluktuierender Produktion ausgesetzt. Mit einem Stromabkommen können wir diese stabilisierende Rolle noch besser spielen.

Wo gibt es Übereinstimmungen zwischen Ihnen und den beiden anderen Verbänden, wo divergieren die Ansichten?

Frank: Auch unsere Nachbarn sprechen sich für mehr Markt und weniger verzerrende Fördermaßnahmen aus. Sie haben den Pariser Klimavertrag ratifiziert und streben dieselben ambitionierten Dekarbonisierungsziele an. Netzausbau und -ausbau stehen ebenfalls prominent in der Agenda. Andere Ansichten bestehen allenfalls hinsichtlich Preisgestaltung/Preiszone im Inland. Aus Sicht des VSE müssten Netzengpässe ökonomisch besser abgebildet werden.

Kapferer: Mit den Kollegen in Österreich verbindet uns schon lange die Überzeugung, dass länderübergreifende Zusammenarbeit – siehe das Beispiel deutsch-österreichische Preiszone – besser ist. Und in der Schweiz gibt es viele, die sich ebenfalls eine intensivere Einbeziehung in der Energiepolitik wünschen. Bei vielen Themen gibt es leider manchmal zu viele nationale Partikularinteressen. Aber die Zukunft der Energiepolitik muss grenzübergreifend denken. Das verbindet uns in allen Verbänden.

Schmidt: Ich denke, gerade wir drei haben in den vergangenen Jahren gezeigt, wie Verbände positiv zusammenarbeiten können. Die Kooperation wird in Zukunft sicher wichtiger werden. Unterschiedliche Interessenlagen wird es immer wieder geben,

aber das war bisher kein Problem, wenn es um die Prinzipien der Elektrizitätsversorgung ging.

Welche Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit in den kommenden Jahren sehen Sie?

Frank: Unsere Verbände können wissenschaftlich voneinander profitieren. Zudem können wir mit einer Stimme im Umfeld von Eurelectric sprechen, was subsidiäre und föderative Lösungen angeht, die sich an der Realität im Markt orientieren – statt an rein politischen Strategien. Die Bedeutung der Wasserkraft für die Alpenländer ist ein weiteres Thema, das uns alle eint (Stichwort Energie-Initiative der Alpenländer, 2013).

Schmidt: In erster Linie ist es wichtig, dass wir uns in europäischen Fragen nach Möglichkeit abstimmen. Die EU hat große Veränderungen für unseren Sektor auf den Weg gebracht und insbesondere Österreich wird im Rahmen des Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2018 hier stark gefordert sein. Unser gemeinsames Interesse ist es, eine starke und handlungsfähige Branche mit aktiven Interessensvertretungen zu erhalten, denn egal wie die Energiewelt in ein bis zwei Jahrzehnten aussehen wird, die Stromversorgung wird eine zentrale Rolle einnehmen. Die Weiterentwicklung des Binnenmarktes, das zukünftige Marktdesign, die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit sind neben Normungsfragen Themen, bei denen wir uns jedenfalls eng abstimmen werden.

Kapferer: Ich habe ja schon ein paar Themen genannt. Diese werden auf absehbare Zeit auch weiter auf der Tagesordnung unserer drei Länder stehen. Vor dem Hintergrund des Kernenergieausstiegs in Deutschland wird das Thema Versorgungssicherheit deutlich an Brisanz zunehmen – und zwar bereits in der ersten Hälfte des nächsten Jahrzehnts. Das ist nur europäisch zu leisten.

Welche Trends wollen Sie seitens der E-Wirtschaft vorrangig aufgreifen?

Kapferer: Die Energiewirtschaft hat das Thema Elektromobilität bereits sehr erfolgreich besetzt. Hier wollen wir am Ball bleiben. Außerdem werden wir uns die Blockchain-Technologie sehr genau anschauen, denn sie hat das Potenzial, die Prozesse und den Datenaustausch in unserem zunehmend vernetzten Energiesystem neu zu gestalten. Das Entwicklungstempo ist hier sehr hoch: Wir sehen auf unserem Blockchain-Radar, den wir gemeinsam

mit PwC betreiben, dass in kurzer Abfolge immer neue Projekte auf den Markt kommen. Die Energiewirtschaft genießt großes Vertrauen bei den Verbrauchern, das prädestiniert uns für Produkte im Bereich Smart City und Smart Home. Und wir wollen Geschäftsmodelle entwickeln für Power-to-X-Anwendungen.

Frank: Wie wollen wir mit der wachsenden Anzahl an dezentralen Strukturen umgehen? Wie schaffen wir es, eine Gesamtsicht über alle Energienetze zu wahren? Wie gehen wir mit den Herausforderungen der Digitalisierung um? Der VSE geht solche Fragen konkret an, etwa mit dem Projekt Data Policy, das für den Umgang mit Energiedaten ein Framework bildet.

Barbara Schmidt: „Wir werden daran gemessen werden, dass der Strom nicht nur sauber, sondern auch sicher und leistbar zur Verfügung steht.“

Schmidt: Österreichs Energie hat sich, abgesehen von den technischen Themen, zuletzt intensiv für eine stärkere Kooperation aller am Prozess der Energiewende Beteiligten eingesetzt. Das ist ein umfassendes Projekt und kann nur gemeinsam gelöst werden. Mit unserem Projekt FutureE haben wir einen Dialog mit anderen Branchen und der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen. Davon erwarten wir uns Ansatzpunkte für eine intensivere Zusammenarbeit von Akteuren, die bisher in ihren Planungen meist eigenständig und nicht kooperativ agiert haben. Aber natürlich müssen wir auch bei den neuen Themen wie Sektorkopplung, Blockchain etc. am Ball bleiben und unsere Expertise erweitern.

Welche Chancen und Gefahren sehen Sie?

Schmidt: Ich sehe technische, wirtschaftliche und sozialpolitische Risiken. Darüber ist schon lange und breit diskutiert worden, und dem müssen wir uns stellen. Es gibt aber auch große Chancen: Tausende von neuen Jobs können entstehen, neue Impulse für den Wirtschaftsstandort sind möglich. Wir sollten daher nicht leichtsinnig, aber offen und mutig mit den Veränderungen umgehen.

Frank: Wir haben nun die Chance, unser System zu verfeinern, stabiler zu machen, breiter abzustützen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln – und damit versorgungssicher zu bleiben. Natürlich stellt sich dabei immer die Frage der Bezahlbarkeit und der CO₂-Emissionen. Durch Subventionen verzerrte Märkte sind eine Gefahr – und die IT birgt technologische Risiken. Cyber Security ist ein Muss für kritische Infrastrukturen, aber auch eine neue Geschäftschance.

Kapferer: Wir haben jetzt die Chance, die lähmenden ideologischen Debatten der vergangenen Jahre hinter uns zu lassen und die Herausforderungen der Energiewende pragmatisch und unter dem Gesichtspunkt der Kosteneffizienz in Angriff zu nehmen. Die Politik muss ihre Interventionen in den Energiemarkt deutlich reduzieren. Wir bekennen uns klar zu den klimapolitischen Zielen der Politik, und im Unterschied zu anderen Branchen wissen wir auch, wie wir diese Ziele erreichen können. Deshalb muss uns die Politik jetzt auch machen lassen. Marktlösungen sind effizienter als staatlicher Dirigismus. Bestes Beispiel: die aktuellen Ausschreibungsergebnisse im Bereich der erneuerbaren Energien. Die zum Teil deutlich sinkenden Vergütungssätze für die Windkraftanlagen zeigen, dass der Markt die notwendigen Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien viel effizienter setzt als die Politik. Auf diesem Weg wollen wir mit unserem Vorschlag eines 3-Säulen-Modells zum künftigen Ausbau der erneuerbaren Energien weitergehen: Wir wollen Anreize setzen, damit der Erneuerbaren-Ausbau zunehmend ohne Förderung – also außerhalb des EEG – erfolgt.

Wo werden wir stehen, wenn wir Ihnen ähnliche Fragen in zehn Jahren stellen?

Frank: Als Optimist würde ich antworten: Wir leben dann in einer integrierten Energiewelt mit dezentralen Strukturen, die auf Erneuerbaren, auf Strom und Gas aufbaut, marktorientiert, sicher und innovationsfreundlich ist. Als Pessimist würde ich antworten: Die Versorgungssicherheit hat gelitten, der Netzausbau hat nicht stattgefunden, und der Staats-Interventionismus bordet über – bei steigenden Subventionsbelastungen.

Kapferer: Ich habe da eine optimistische Antwort: Der Konflikt alte Energiewelt gegen neue Energiewelt ist dann Historie. Die Luft in unseren Städten ist besser, dank eines starken Marktanteils von E-Fahrzeugen. Die Energiewende ist nicht länger

nur eine Stromwende, denn die Modernisierungsoffensive im Heizungskeller hat endlich Fahrt aufgenommen. Und wir haben einen funktionierenden europäischen Strombinnenmarkt. Voraussetzung für dieses Szenario ist, dass jetzt an den richtigen Schrauben gedreht wird und wir die Probleme und Herausforderungen entschieden anpacken.

Schmidt: Ich bin überzeugt davon, dass unsere ebenso traditionsreiche wie innovative Branche Ende des nächsten Jahrzehnts zum neuen und leuchtenden Zentrum eines immer stärker erneuerbaren Energiesystems geworden ist, das Impulse in alle Bereiche des Lebens aussendet. Ob wir alle Aufgaben, die sich heute stellen, so bewältigen, wie wir aktuell diskutieren, weiß ich nicht, aber Innovation und Forschung werden ebenfalls nicht still stehen, und vielleicht wird es Entwicklungen geben, die wir derzeit noch gar nicht kennen. ■



Stefan Kapferer